

Stadt Neuenrade
Bürgermeister Antonius Wiesemann
Alte Burg 1
58809 Neuenrade

**2. Vorsitzender
Fraktionsvorsitzender**

Hauptausschuss
Verwaltungsrat Stadtwerke
Bernhard Peters
Fon 02392 / 91 47 83
Fax 02392 / 91 47 84
bernhard.peters@fwg-neuenrade.de

22. Februar 2019

Zweiteiliger Antrag

- 1. Aussetzung der Gebührenerhebung für Straßenausbaubeiträge**
- 2. Petition an den NRW-Landtag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wiesemann,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Neuenrade möge beschließen:

- 1. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sollen in der Stadt Neuenrade, bis zu einer endgültigen Entscheidung zu den Straßenausbaubeiträgen des nordrhein-westfälischen Landtags ausgesetzt werden.**
- 2. Gleichzeitig soll der NRW-Landtag mit einer Petition aufgefordert werden, die Berechnung von Straßenausbaubeiträge an die Anlieger öffentlicher Straßen in Nordrhein-Westfalen abzuschaffen.**

Begründung:

Die Straßenausbaubeiträge sind derzeit massiv in der Kritik. Insbesondere Freie Wählergemeinschaften (FWG's) und der Bund der Steuerzahler fordern landesweit deren Abschaffung. Auch die FWG Neuenrade hält die Abschaffung dieser Beiträge für öffentliche Straßen für richtig. Wir möchten mit diesem Antrag die Verfassung einer entsprechenden Petition des Neuenrader Stadtrates an den nordrhein-westfälischen Landtag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge anregen.

Bis über die Berechnung von Straßenausbaubeiträge an die Anlieger öffentlicher Straßen in Nordrhein-Westfalen durch den Landtag eine endgültige Entscheidung gefällt worden ist, sollen die Straßenausbaubeiträge, die von den Anliegern z.Z. gezahlt werden müssen, zurückgestellt werden. „Nach unserer Überzeugung sind öffentliche Straßen Gemeingut, von den Einnahmen durch die KFZ- und Mineralölsteuern, bzw. dem Land zu bezahlen und von jedem Bürger unseres Landes ansonsten kostenfrei zu nutzen.“

Straßen sind eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, ebenso wie Kindergärten und Schulen. Bau und Unterhalt sind allein Aufgabe des Bundes, des Landes, des Landkreises und der Gemeinden“, ist die Überzeugung der Neuenrader FWG. Die Kosten dafür muss der Steuerzahler durch die KFZ- und Mineralölsteuern und in der Gesamtheit tragen und nicht einzelne Grundstückseigentümer. Denn öffentliche Straßen werden von allen Bürgern benutzt, nicht nur von Anliegern. Eltern werden richtigerweise auch nicht die Baukosten für Kindergärten und Schulen aufgebürdet.

FWG Neuenrade e.V.
Unterer Wemensiepen 25
58809 Neuenrade
Fon 0 23 92 / 62 115
Fax 0 23 92 / 96 02 86
info@fwg-neuenrade.de
www.fwg-neuenrade.de

Amtsgericht
Iserlohn, e. V.
Registernummer
12 AR 216/09
Vereinsregister-Nr.
VR 1438

1. Vorsitzender
Detlef Stäger

Bankverbindung:
Volksbank im MK eG
IBAN: DE36 4476 1534
2200 7342 00
BIC: GENODEM1NRD

Aus diesem Grund sehen die Freien Wähler eine Ungerechtigkeit: Grundstücksbesitzer müssen für einen Straßenausbau zahlen, andere, welche die gleiche Straße ebenso nutzen, aber nicht. Darüber hinaus stellen die Straßenausbaubeiträge für die Bürger eine hohe Belastung dar, die im Einzelfall sogar existenzbedrohend sein kann. Fünfstellige Beiträge werden häufig umgehend fällig. Die soziale Gerechtigkeit ist hier schon lange nicht mehr gegeben.

Deutschland ist derzeit das einzige Land in Europa, in dem Anlieger zusätzlich zu den anderen Steuern, noch Straßenausbaubeiträge zu bezahlen haben. Schlimm ist auch, dass dafür noch nicht einmal eine bundes- und landeseinheitliche Regelung existiert.

Im Juni sind in Bayern die Straßenausbaubeiträge abgeschafft worden, auf Initiative der Freien Wähler – übrigens mit den Stimmen der CSU. Auch hat sich die Landesvereinigung der Mittelständler der CDU ganz klar gegen die durch Anlieger zu zahlenden Straßenausbaubeiträge gewandt und sieht durch diese Beiträge sogar ein Investitionshemmnis bei der kommunalen Infrastruktur.

Die SPD-Landtagsfraktion hat dazu einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Die geplante Abwälzung des Problems durch die Landtagsfraktionen der CDU und FDP, die es den einzelnen Kommunen freistellen will, ob die Stadt oder der Anlieger die Kosten übernimmt, ist nicht akzeptabel und ungerecht, da sie am Ende von der jeweiligen Kassenlage der Kommune abhängt. Reiche Stadt = keine Gebühren, arme Stadt = hohe Gebühren. Eine schlechte Lösung, wie wir finden.

Wie stark die Stimmung der Neuenrader Bürger gegen die Erhebung der Straßenausbaugebühren ist, hat sich auch bei der überwältigenden Resonanz bei der Unterschriftenaktion der FWG zu diesem Thema gezeigt. Damit haben wir nicht gerechnet. Es zeigt aber, wie brisant dieses Thema auch bei den Bürgern unserer Stadt Neuenrade ist.

Mit freundlichen Grüßen

Freie Wählergemeinschaft Neuenrade e.V.



Bernhard Peters
Fraktionsvorsitzender / 2. Vorsitzender

FWG Neuenrade e.V.
Unterer Wemensiepen 25
58809 Neuenrade
Fon 0 23 92 / 62 115
Fax 0 23 92 / 96 02 86
info@fwg-neuenrade.de
www.fwg-neuenrade.de

Amtsgericht
Iserlohn, e. V.
Registernummer
12 AR 216/09
Vereinsregister-Nr.
VR 1438

1. Vorsitzender
Detlef Stäger

Bankverbindung:
Volksbank im MK eG
IBAN: DE36 4476 1534
2200 7342 00
BIC: GENODEM1NRD